

und zum freien Sozialismus um Prof. Alfred Weber, die Gesamtdeutsche Volkspartei und der Bund für Deutschlands Erneuerung um Dr. Otto Strasser vorgestellt.

Die einzelnen Organisationen sind ungleichgewichtig dargestellt; die Einzelbeiträge sind in sich geschlossen; in ihnen wird nur gelegentlich auf die anderen verwiesen, und zwar bei personellen Verflechtungen. Es entsteht der Eindruck eines Sammelbandes; der Titel »Der Dritte Weg« deutet zwar an, daß alle Organisationen etwas Gemeinsames verbindet. Jedoch wird dieses Gemeinsame in seinen strukturellen und ideologischen Zusammenhängen in den taktischen und strategischen Absichten nicht untersucht.

Verdienstvoll ist die allgemeine Sichtung des Materials, die mit dieser Studie geleistet wurde. Der handbuchartige Charakter wird auch in der knappen Einleitung (S. 9–18) und in der Ergebnissicherung (S. 195–205) deutlich. Allen Organisationen gemeinsam war ein nationales Eigeninteresse mit dem Wunsch nach Frieden und der Hoffnung auf ein geeintes und unabhängiges Europa (S. 195). Die Gruppierungen favorisierten verschiedene Konzepte zur Realisierung dieser Zielvorstellungen: Neben der Brückentheorie war es der Gedanke, daß Deutschland eine Dritte Kraft zwischen Ost und West sein könnte. Außerdem wurde ein Konzept vertreten, nach dem das Deutsche Reich eine Brandmauer zwischen Ost und West sein könnte. Alle Konzeptionen stellen eine Überforderung des Deutschen Reiches dar, wenn man an ihre politische Umsetzung denkt. Nach der Meinung Dohses war es nicht nur die Ungunst der politischen Situation, die dies verhinderte, sondern es waren auch organisatorische und andere Mängel wie unklare Ziele in den Gruppierungen. In diesem Zusammenhang fällt auf, daß fast nichts über die soziale Basis der Organisationen ausgeführt wird.

Diese handbuchartige Darstellung weckt das Interesse an weiteren die Problematik Neutralisierung vertiefenden Analysen. Die Studie von Rainer Dohse ist dafür ein unentbehrlicher Ausgangspunkt.

Kurt Thomas Schmitz

Otto Ernst Kempfen (Hrsg.), Sozialstaatsprinzip und Wirtschaftsordnung. Mit einem Nachwort von Helmut Ridder (= Campus Paperbacks: Politik und Gesellschaft), Campus Verlag, Frankfurt/New York 1976, 248 S., Pb., 26,80 DM.

Zwar haben weder die Bundestagsdebatten seit 1974 noch die Diskussionen um den »Orientierungsrahmen 85« wesentlich zur Entwicklung des Sozialstaatsgedankens beigetragen, doch zeigt sich in den letzten Jahren eine verstärkte außerparlamentarische Auseinandersetzung über Inhalt und Perspektiven des Sozialstaatsprinzips. Die Frage nach dem »Gewerkschaftsstaat« und die Diskussion über »Mitbestimmung und Grundgesetz«¹) markieren nur einen wichtigen Ausschnitt der verfassungsrechtlichen Problematik. Das System der sozialen Sicherheit und Forderungen nach Verankerung sozialer Grundrechte (Wahlprüfstein Recht auf Arbeit) stehen für weitere Komplexe im Rahmen der aktuellen Sozialstaatsproblematik.

Es ist das Verdienst *Otto Ernst Kempens* – Justitiar beim Bundesvorstand der Industriegewerkschaft Bau–Steine–Erden –, durch seine Sammlung grundlegende Aufsätze über »Sozialstaatsprinzip und Wirtschaftsordnung« zugänglich zu machen, die sonst verstreut und schwer erreichbar sind. Besonders der Historiker wird das dankbar vermerken, da die zünftige Fachliteratur zu dieser Thematik wenig hergibt. Es sind folglich keine Historiker, die Kempfen als Autoren heranzieht, sondern Rechtswissenschaftler und Politologen. Zwar existiert mit Ernst Forsthoffs Sammlung über »Rechtsstaatlichkeit und So-

1 *Mitbestimmung, Wirtschaftsordnung, Grundgesetz*. Protokoll der Wissenschaftlichen Konferenz des Deutschen Gewerkschaftsbundes vom 1. bis 3. Oktober 1975 in Frankfurt am Main, Hrsg. Heinz Oskar Vetter, Frankfurt/Köln 1976. Darin auch ein Kurzbeitrag *Kempens*.

zialstaatlichkeit« bereits eine einschlägige Aufsatzsammlung, doch hat Kempfen sich zum Ziel gesetzt, »eine ergänzende Darstellung der Sozialstaatsdiskussion mitsamt den von Forsthoff ausgeblendeten Aspekten« (S. 17) zu bieten. Der Akzent liegt dabei auf neueren und neuesten Beiträgen.

In seiner Einleitung entwickelt Kempfen den Begriff der Sozialstaatlichkeit und schlägt sich auf die Seite derer, die »im Grundgesetz eine aus historischer Erfahrung bewußt über die bisherigen Versuche hinausgehende Verfassungsordnung sehen, für welche der Sozialstaatsatz das umfassende organisatorische Leitprinzip eines grundrechtlich bestimmten demokratischen Gesamtsystems ist« (S. 17). Der Herausgeber diskutiert die verschiedenen Standpunkte von Hermann Heller bis zu Helmut Ridder und gelangt schließlich zu künftigen Möglichkeiten einer »das staatliche Legitimationssystem ergänzenden ›sozialen Selbstverwaltung‹« (S. 47). Dabei meidet er den Terminus der ›überbetrieblichen Mitbestimmung‹, doch bezieht er sich eindeutig auf »paritätisch besetzte Wirtschafts- und Sozialausschüsse«, die »vor allem investitionskoordiniierend und informierend arbeiten« (S. 46 f.). Eine zentrale Aufgabe bei der künftigen Konkretisierung des Sozialstaatsprinzips sieht Kempfen in der organisatorischen und rechtlichen Durchformung des Verhältnisses von »Staatsapparat und organisierter Gesellschaft« (S. 48). Seine Hoffnungen richtet Kempfen auf die Chance, »das Legitimationsdefizit unserer Exekutive auf dezentralisierten Willensbildungsebenen« auszugleichen (S. 49).

Die folgende Sammlung bringt als grundlegenden Text *Hermann Hellers* Aufsatz über »Rechtsstaat oder Diktatur?« aus dem Jahre 1930. Darauf folgt *Wolfgang Abendroths* Beitrag »Zum Begriff des demokratischen und sozialen Rechtsstaates im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland« aus der Bergsträsser-Festschrift von 1965. Hinzu kommt ein Rezensionen-aufsatz von *Dieter Suhr*, der die Diskussion bis 1970 höchst pointiert und gleichzeitig informativ zusammenfaßt. Die rechtspositivistische Schule wird durch *Ernst Forsthoff* vertreten, flankiert durch *Rüdiger Altmann*, dessen Nähe zur »Konzertierten Aktion« den aktuellen gesellschaftspolitischen Bezug wieder herstellt. *Peter von Oertzens* »Thesen zur Strategie und Taktik des demokratischen Sozialismus« weisen diesen Mitarbeiter des »Orientierungsrahmens 85« als einen Wissenschaftler aus, der vorzüglich aus Marx und Habermas zu zitieren weiß, sich aber bei der sozialstaatlichen Konkretisierung seiner Erkenntnisse schwertut.

Eine hervorragende Rolle nimmt *Helmut Ridder* dadurch ein, daß er sowohl durch einen Beitrag als auch durch ein ausführliches Nachwort vertreten ist. Bei Ridders Beitrag handelt es sich um eine verfassungsrechtliche Betrachtung zur Stellung der Gewerkschaften im Sozialstaat, die Ende der fünfziger Jahre aus Anlaß des umstrittenen Urteils über den schleswig-holsteinischen Metallarbeiterstreik entstand. In dem eigens für diesen Band geschriebenen Nachwort wagt Ridder nun eine aggressiv-polemische Attacke auf die bisherige rechtswissenschaftliche Publizistik, wendet sich gegen die »juristische Kurpfuscheri« (S. 243) in der Forsthoff-Nachfolge, aber auch insgesamt gegen unterentwickeltes Sozialstaatsdenken.

Ridder meint, die »Rätephobie« dürfe kein Argument gegen die »reale Republik« sein. Der soziale, demokratische Staat sei nicht bloß staatlicher »Aufsatz über der Gesellschaft«. Die *normative* Funktion der vielberufenen »Sozialstaatsklausel« harre noch »der politischen und wissenschaftlichen Entfaltung«. Angesichts dieser Erwartung erscheinen die vorliegenden Texte »größtenteils« zur Kritik provozierend, »insoweit sie im ideologischen Nebel der juristischen Sozialstaatsexegese staken« (S. 247). Nichtjuristische Texte sollten zu Hilfe genommen werden, denn über das »Wie der gebotenen Demokratisierung« werde in der Sozialstaatsklausel nichts ausgesagt. Geheimnisvoll andeutend, meint Ridder, bei der alchemistischen Goldmacherei wäre schließlich Porzellan herausgekommen. Eine vergleichbare Entwicklung brauche kein Schade zu sein.

Ridders letzte Sätze einbezogen, ist dieser Band gewiß nicht das letzte Wort in Sachen Sozialstaatsprinzip, zumal eine entsprechende geschichtswissenschaftliche Sammlung aussteht. Es mag auch zu kritisieren sein, daß neben Hermann Heller nicht die bahnbrechenden Arbeiten von Hugo Sinzheimer und Franz L. Neumann veröffentlicht werden. Schließlich bleibt auch die begriffliche Ableitung des Sozialstaatsbegriffs zu sehr in den bei Ernst Rudolf Huber u. a. vorzufindenden Interpretationsbahnen. Kein Wort, daß Karl Ballod (Atlanticus) den Terminus schon früh in einem Bestseller des Dietz-Verlages verwendete. Aber Kempfen geht es auch gar nicht um die historische Ableitung, sondern um die aktuelle, verfassungspolitische Aufgabenstellung im Kontext der Geschichte. Es handelt sich deshalb um eine höchst nützliche Sammlung und durchaus heilsame Provokation für Historiker der Arbeiterbewegung, die nicht nur wissen wollen, woher die Reise kommt, sondern wohin sie in der weiteren Geschichte – möglicherweise – gehen kann.

Gerhard Beier

Martin Jay, *Dialektische Phantasie. Die Geschichte der Frankfurter Schule und des Instituts für Sozialforschung 1923–1950*, S. Fischer Verlag, Frankfurt 1976 (amerikanische Originalfassung 1973), VIII, 435 S., engl. brosch., 34 DM.

Roland Simon-Schaefer/Walther Ch. Zimmerli, *Theorie zwischen Kritik und Praxis. Jürgen Habermas und die Frankfurter Schule (= problemata 37)*, Friedrich Frommann Verlag/Günther Holzboog, Stuttgart-Bad Canstatt 1975, 186 S., kart., 24 DM, Ln., 36 DM.

Die Kritische Theorie der Frankfurter Schule hat im letzten Jahrzehnt an den deutschen Hochschulen eine wachsende Bedeutung erlangt. In einem gewissen Umfang sind die meisten geistes- und gesellschaftswissenschaftlichen Disziplinen in Deutschland von ihr beeinflußt worden. Dies gilt in unübersehbarem Maße vor allem für den pädagogischen Bereich. Durch die entscheidende Rolle, die grundlegende Thesen von Jürgen Habermas bei der Erarbeitung der Rahmenrichtlinien für den Politikunterricht des Landes Nordrhein-Westfalen gespielt haben, haben einige ihrer Ergebnisse eine gleichsam offizielle Anerkennung erfahren.

Ganz im Gegensatz zu diesen tatsächlichen Gegebenheiten stehen die Aussagen in dem überaus einseitigen Geleitwort von *Hanne Herkommer* und *Bodo von Greiff* zur deutschen Ausgabe des Buches von *Martin Jay*. Ihnen zufolge droht der Kritischen Theorie in der deutschen Gegenwart nur Verfolgung und »ein politisches Verdikt« (S. 6). Mehr noch als bei der ersten Lektüre dieses »Geleitworts« fragt sich der Leser nach der Kenntnis des Textes von Martin Jay, wie es in ein solches gerade wegen seiner Ausgewogenheit beeindruckendes Buch gelangen konnte.

Martin Jay ist mit dieser ersten Geschichte der Frankfurter Schule das Kunststück einer überaus glücklichen Verbindung seiner praktischen Sympathie für die Kritische Theorie mit einer kritisch-distanzierten Darstellung ihrer äußeren Geschichte und ihrer theoretischen Entwicklung gelungen. Das Buch erscheint zu einem Zeitpunkt, in dem nach nahezu einem halben Jahrhundert kontinuierlicher Wirksamkeit das Ende der Frankfurter Schule mit dem Tod Theodor W. Adornos und Max Horkheimers besiegelt scheint. Denn, wie unter anderem in der Arbeit von *Simon-Schaefer* und *Zimmerli* deutlich wird, ist der wegen seiner Erkenntnisinteressen, wegen seiner wissenschaftlichen Fruchtbarkeit und wegen seiner Originalität als Denker am ehesten als Erbe der Gründungsväter der Frankfurter Schule anzusehende Jürgen Habermas zugleich auch in den wesentlichen Fragen als ein theoretischer Neubeginn anzusehen.

Nachdem in den Diskussionen der letzten Jahre hauptsächlich die Arbeiten Adornos und